

# GLOBALISIERUNG - hat die deutsche Wirtschaft noch eine Chance?

Vortrag bei der „Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt“

am 26. Mai 2006 von Dr. Jürgen Bruns, Hamburg

**SCHLAGWORTE:** „China-Importe erobern Deutschland“ - „Billigarbeitskräfte aus dem Osten“ - „Real 7 Millionen Arbeitslose“ - „Extreme Staatsverschuldung“ - „Heuschrecken“ - „Ölpreis-Schock“ - „Exportweltmeister“ ...

**SCHLAGWORTE ...**

Guten Tag, meine sehr geehrten Damen und Herren,

raucht nicht auch Ihnen gelegentlich der Kopf, wenn Sie tagtäglich mit diesen und vielen anderen Schlagworten in den Medien konfrontiert werden?

Nun, ganz sicher gibt es in unserer komplexen Welt keine simplen Patentlösungen für die wirtschaftlichen Probleme, die uns so auf den Nägeln brennen. Dennoch: Eine Leitlinie wäre hilfreich. Was könnte das sein? Wir werden sehen!

Der große Buhmann für die meisten unserer Probleme ist längst ausgemacht: Die **Globalisierung**. Man versteht darunter heute die weltweite, Grenzen und sogar Kontinente überschreitende massive Verzahnung von allen Tätigkeitsfeldern menschlichen Daseins, also insbesondere die Vernetzung von politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Aktivitäten, aber ebenso auch die grenzüberschreitenden und damit globalen Probleme der Umweltverschmutzung oder etwa die Folgen der weltweiten Bevölkerungsexplosion, also die Wanderungsbewegungen von Ethnien. Man denkt an den weltweit lauernden Terrorismus ebenso wie an die Gefahr von künftigen Verteilungskämpfen um knappe Ressourcen wie Wasser, Nahrung und Energie. Und man denkt schließlich und nicht zuletzt auch an die Möglichkeiten des weltweiten Austausches von Waren, Dienstleistungen und Informationen, an globale Reisemöglichkeiten, an neue internationale Märkte, an global agierende Unternehmen und Organisationen.

Globalisierung kann und wird also zugleich als eine **Bedrohung**, aber auch als eine **Riesenchance** verstanden. Ein früher gewaltiger Machtblock, die Sowjetunion, ist verschwunden, viele neue Nationalstaaten sind entstanden; das sog. wiedervereinigte Deutschland ringt seit 1990 mit den ökonomischen und gesellschaftspolitischen Folgen dieser friedlichen Revolution und sucht gleichzeitig noch nach seinem neuen Selbstverständnis in einer ständig größer werdenden Europäischen Union. Und für alle gilt: Die politischen, die nationalstaatlichen Grenzen sind immer durchlässiger geworden, sie werden im Bewusstsein der Völker unscharf, sie verlieren wegen der globalen Vernetzung scheinbar an Bedeutung.

Wenn aber die politischen Grenzen immer löcheriger werden – und dies gilt eben nicht nur für Waren- oder Geldströme, sondern auch für Menschen und Organisationen aller Art – dann folgt daraus sofort eine doppelte Problematik:

1. Die Probleme der Welt, insbesondere die Armutproblematik, strömen in unser Land. Ein Landarbeiter in Deutschland lebt immer noch auf einem deutlich höheren Lebenshaltungsniveau als etwa ein Landarbeiter aus Indien. Was sollte diesen indischen Landarbeiter also hindern, nach Deutschland zu kommen und hier die Segnungen unseres Sozialsystems in Anspruch zu nehmen? Er wird auch noch bereit sein, für die Hälfte des deutschen Lohnes zu arbeiten und nimmt damit dem deutschen Landarbeiter dessen Arbeitsplatz weg.

2. Solange der deutsche Staat und seine Gutmenschen meinen, das Armutselend in der Welt ebenso wie im eigenen Land dadurch bekämpfen zu müssen, dass man jedem in

Deutschland lebenden Menschen sogar ohne Gegenleistung ein hohes Maß an materieller Versorgungssicherheit garantiert, werden nicht nur die Armen der Welt mit allen Mitteln versuchen, zu uns ins aus ihrer Sicht gelobte Land zu kommen. Sondern unser Staat muß konsequenterweise seine eigenen Bürger, die noch eine besteuerebare Substanz aufweisen, immer höher mit Steuern und Abgaben aller Art belasten. Dieses Vorgehen mag moralisch ehrenwert sein, ist aber zum Scheitern verurteilt, weil

a) die gesamte deutsche Vermögenssubstanz natürlich bei weitem nicht ausreicht, das Elend der Welt wirklich nennenswert zu verringern und

b) die deutschen Steuerbürger ihrerseits die löcherigen Grenzen nutzen können, um dieses Land endgültig zu verlassen. Globalisierung in diesem Sinne heißt also für Unternehmen wie für Private auch: Man kann gehen, wenn es einem zu Hause nicht mehr gefällt. Die gute Seite dabei ist die Kehrseite der Medaille, die da lautet: Man kann aber auch bleiben, **wenn** es einem zu Hause gefällt! Hier – meine Damen und Herren – genau hier wird der nationale Gestaltungsrahmen sichtbar, über den noch zu sprechen sein wird.

Meine Damen und Herren, die thematische Frage: Globalisierung - Hat die deutsche Wirtschaft noch eine Chance? suggeriert, dass sich unsere Wirtschaft in ernsthaften, **durch die Globalisierung** begründeten Schwierigkeiten befindet. Ich möchte nun dieser Frage **beispielhaft** anhand von nur zwei Kernbereichen unseres wirtschaftlichen Daseins nachspüren: Dies ist einmal die Staatsverschuldung und alsdann der deutsche Arbeitsmarkt. Weitere Kernbereiche sind beispielsweise Themen wie Europäische Union, das Währungssystem und die Zukunft des EURO, der Zustand unserer Sozialsysteme oder etwa das Verhalten der sog. Heuschrecken, also das Thema globale Mergers & Acquisitions: Sie alle können hier aus Zeit- und Raumgründen nicht behandelt werden.

### **zur Staatsverschuldung:**

Der deutsche Staat – damit sind Bund, Länder und Gemeinden gemeint – hat im Mai dieses Jahres die, wie der Bund der Steuerzahler es nennt, „historische Marke“ von 1 500 000 000 000 Euro Staatsschulden überschritten: Meine Damen und Herren, das ist eine 15 mit elf Nullen dahinter! Bei derzeit etwa 82,4 Millionen registrierten Einwohnern lastet damit auf jedem von ihnen eine Schuldenlast von rund 18 200 Euro. Dafür zahlen wir als Steuerzahler in jeder Sekunde 2141 Euro an Zinsen, allein seit Jahresanfang bis Anfang Mai sind das bereits 23 Milliarden Euro. Nach Berechnungen des Bundesrechnungshofes hat sich die Staatsschuld in den Jahren von 1980 bis 2004 fast versechsfacht.

Doch absolute Zahlen zeigen noch nicht wirklich die ganze dramatische Entwicklung: Auch die relative Verschuldung, bezogen auf die gesamtwirtschaftliche Leistung, also das Bruttoinlandsprodukt (BIP), ist weiter gewachsen und liegt jetzt bereits bei 70 % des BIP. Aber auch das ist bei weitem noch nicht die ganze Wahrheit: Der Staat weist nämlich den weit größeren Schuldenbetrag, der sich aus versteckten Lasten wie Renten- und Pensionsansprüchen ergibt, gar nicht offen aus. Der Sachverständigenrat hat diese implizite Schuldenlast mit weiteren etwa 270% des BIP geschätzt. Die offenen und versteckten Staatsschulden Deutschlands belaufen sich zusammen damit auf die unvorstellbare Summe von etwa 340 % des BIP gleich ca. 7,3 Billionen Euro! (Quelle: FAZ, 6. 5.2006, S. 13)

Wer nun die Tilgung dieser riesigen Schuldenlast fordert, dem muß gesagt werden: Noch nie war die Nettoneuverschuldung in Deutschland so hoch wie heute (2005: 31 Mrd. Euro; 2006: geplant ca. 38 Mrd. Euro). Es wird eben nicht getilgt, sondern weiter munter Verschuldung betrieben. Niemand kann sich heute vorstellen, wie diese Schulden, die ja nicht zuletzt die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde erheblich beeinträchtigen werden, in einer überschaubaren Zeit und bei der bekannt katastrophal negativen demographischen Entwicklung jemals getilgt werden könnten, es sei denn durch einen

massiven Währungsschnitt, sei dieser nun einmalig oder in Form einer eher mehr als weniger schleichenden Inflation.

Meine Damen und Herren, eine hohe Verschuldung, das kann jeder nachvollziehen, engt den Handlungsspielraum des Schuldners dramatisch ein. Das gilt für jeden Privatmann, jedes Unternehmen, aber eben auch für den Staat. Wichtige investive Aufgaben müssen unerledigt bleiben, weil schlicht das Geld fehlt. Die Lebensadern unserer Volkswirtschaft, die Infrastrukturen, veröden; Bildungs- und Forschungseinrichtungen verkümmern. Das Wachstum siecht vor sich hin. Die Staatsquote, also der Anteil des Staates an der Wertschöpfung, korreliert im umgekehrten Verhältnis mit dem Wachstum. Je höher die Staatsquote, desto niedriger das Wachstum. Die Staatsquote in Deutschland liegt bei 50%, während die OECD eine Staatsquote von ca. 35% für optimal hält. Und weil der Staat immer noch hungrig ist und vom Sparen nichts hält, kommt unser Finanzminister Steinbrück auf die abenteurliche Idee, zu sagen, wir hätten nicht ein Problem auf der Ausgabenseite, sondern auf der Einnahmenseite: Was für ein schockierender Unsinn!

Und jetzt, meine Damen und Herren, frage ich Sie:

### **Was hat eigentlich diese ganze Schuldenmisere mit der Globalisierung zu tun?**

Haben etwa Amerikaner, Engländer, Inder oder Japaner unsere Schuldenpolitik betrieben?

Wären globale Mächte tatsächlich für unsere Schuldenlast verantwortlich, so hätten wir als Staat und als deutsche Wirtschaft kaum eine Chance, dem zu entkommen. **Aber es sind immer noch wir selbst**, die zu neuen Schulden „**ja**“ sagen müssen. **Darin**, meine Damen und Herren, liegt die Chance für unseren Staat und unsere Wirtschaft. **Mut zum „nein“** ist mehr denn je erste Bürgerpflicht! Ist nicht jeder Politiker auch ein Bürger?

### **Zum Arbeitsmarkt:**

Die seit Jahren in Deutschland vor sich hindümpelnde Konjunktur mit Wachstumsraten um 1,5% ist nach Auffassung aller Fachleute nicht geeignet, die dramatisch hohe Arbeitslosigkeit durch Schaffung neuer Arbeitsplätze abzubauen. Zählt man zu den amtlich veröffentlichten Arbeitslosenzahlen von z. Zt. etwa 4,5 Millionen noch all diejenigen Menschen hinzu, die sich - völlig frustriert - schon gar nicht mehr bei den Arbeitsämtern melden oder sich in vom Staat alimentierten Sondervertragsverhältnissen wie Ausbildungs- und Umschulungsmaßnahmen, Ich-AGs etc. befinden, so kommt man auf eine Zahl von ca. 6,5 bis 7 Millionen tatsächlichen Arbeitslosen.

Das größte Hemmnis für einen Abbau der hohen Arbeitslosigkeit sind die hohen deutschen Arbeitskosten sowie die im internationalen Vergleich geringe Zahl von Arbeitsstunden pro Woche bzw. pro Jahr. Bei den Arbeitskosten sind dabei weniger die direkten Nettoarbeitslöhne das Problem, sondern die Höhe der Lohnnebenkosten, also die Differenz zwischen den Bruttoarbeitskosten, die der Unternehmer tragen und erwirtschaften muß und den Nettolöhnen, die bei den Belegschaften ankommen.

Und wieder die **Gretchenfrage: Was hat der Zustand unseres Arbeitsmarktes mit der Globalisierung zu tun?** Die Antwort ist: Schon deutlich mehr, als dies bei der Staatsverschuldung der Fall ist. Denken Sie an Beispiele wie den Bau von Großtankern und Containerschiffen: Hier beherrschen die Asiaten, insbesondere die Japaner und die Südkoreaner, den Weltmarkt. Oder nehmen Sie die sog. Weiße Ware, also Waschmaschinen, Kühlschränke, etc, die heute bereits zu zwei Dritteln ebenfalls aus Asien kommen – und damit deutsche Arbeitsplätze chancenlos machen. Und denken Sie an die Inder: Indische Software-Ingenieure arbeiten bei gleicher Qualität zu 10% des Einkommens ihrer deutschen Kollegen.

**Andererseits:** Würde man konsequent die Lohnnebenkosten drastisch reduzieren, indem z. B. die Mehrwertsteuererhöhung von 3% ab 1.1.2007 **ausschließlich dazu** verwendet würde, dann würde dies einen eindeutig positiven und deutlichen Effekt für den Arbeitsmarkt bedeuten. Aber was geschieht – übrigens gegen die eindeutige Absicht von Frau Merkel, als diese noch Oppositionsführerin war? Die Masse der größten Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wird – sehr kontraproduktiv – zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet. Die eindeutig konjunkturdämpfende Wirkung der Erhöhung der Mehrwertsteuer wird also nicht kompensiert durch eine entsprechende positive Entlastung der Arbeitskosten und damit des Arbeitsmarktes und ist deshalb aus ökonomischer Sicht abzulehnen.

Die **positive** Seite dieser Thematik ist: Auch die Arbeitskosten sind **nicht** etwa eine unabwendbare Folge der Globalisierung, sondern können von uns selbst durchaus beeinflusst werden. Eine moderate Erhöhung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger deutlicher Absenkung der Lohnnebenkosten würde unsere Wirtschaft in Verbindung mit der im internationalen Vergleich hohen deutschen Arbeitsproduktivität voll zum Zuge bringen können. Wenn es uns dann noch gelänge, auch die Qualität von Forschung und Entwicklung, von Produktionsprozessen und Produkten wieder auf ein internationales Spitzenniveau, das wir ja mal hatten, zu bringen, dann bräuchten wir uns um die Zukunft unserer Wirtschaft und damit unseres Landes ein paar Sorgen weniger zu machen.

Und es gibt einen **weiteren positiven** Aspekt: Deutschland ist auch im Jahre 2005 wieder einmal Exportweltmeister geworden: So schlecht aufgestellt sind unsere Unternehmen im internationalen Wettbewerb offenbar nicht. Der deutsche Export sorgt nahezu allein für die Zuwächse beim deutschen BIP, die ja seit Jahren – aufgrund eines völlig desolaten Inlandskonsums – insgesamt mit Raten, wie bereits erwähnt, um die 1,5% sehr bescheiden ausfallen. In diesem Jahr erhoffen sich einige Auguren sogar einen Zuwachs von 1.8% bis 2%. Aber erstens, meine Damen und Herren, hat das Feilschen um einen oder zwei Zehntelpunkte schon etwas Absurdes an sich und zweitens wären auch 2% Wachstum im internationalen Vergleich sehr bescheiden: Die sehr robuste Weltwirtschaft wird dieses Jahr voraussichtlich um starke 4% oder mehr wachsen. Insbesondere die Chinesen holen schnell auf: Sie stehen bereits hinter den USA an 3. Stelle der globalen Exportnationen (Deutschland: 786 Mrd. Euro; USA: 772 Mrd. Euro; China: 640 Mrd. Euro). Manche Kurzsichtige sagen noch heute schmunzelnd: Die Chinesen nähren uns die Knöpfe an unsere Anzüge. Doch seien wir sehr wachsam, sonst werden bald wir den Chinesen die Knöpfe an die Hosen nähen. EHHH

Die Globalisierung vernichtet also bei uns Arbeitsplätze, aber sie schafft auch welche. Wo liegt der Saldo? Dazu ein vielsagendes Beispiel: Während in Flensburg kurz vor der dänischen Grenze die Arbeitslosigkeit zweistellig ist, liegt sie kurz hinter der Grenze in Dänemark bei etwa 4,5%. Niemand kann wohl behaupten, dass die Dänen weniger von der Globalisierung tangiert werden als wir. Aber sie haben im Unterschied zu uns schon vor über 20 Jahren mit drastischen Reformen begonnen. Heute fahren sie deren Ernte ein.

Mit anderen Worten: Ein Großteil unserer Arbeitsmarktmisere ist hausgemacht – und das ist wiederum eine gute Nachricht. Denn was wir selber falsch gemacht haben, können wir ja wenigstens jetzt richtig machen.

Ich denke im Sinne eines ersten Fazits: Schon an den beiden beispielhaft vorgetragenen Bereichen Staatsverschuldung und Arbeitsmarkt wurde deutlich, dass unsere Hauptprobleme nicht der innere Zustand unserer Unternehmen, sondern die Ergebnisse von jahrzehntelanger politischer Wurstelei sind. Nicht die Globalisierung ist unser eigentliches Problem, wir selbst, unsere deutsche Politik ist das Problem.

Wenn wir weiterhin jedermann zu Hause und in der Welt nach dem Munde reden, werden sich die Verhältnisse nicht wirklich bessern, sondern weiter verschlechtern. Wollen wir

unseren nachfolgenden Generationen ein zukunftsfähiges Deutschland hinterlassen? Dazu allerdings sind ein überzeugendes politisches Konzept sowie der Wille zu seiner Durchsetzung gegen alle Widerstände unabdingbar.

Ich bin zu der Überzeugung gekommen, dass ein solches politisches Konzept in einer **nationalen Wirtschaftspolitik** liegen kann.

Nun denn, in diesem politischen Sinne habe ich mich weiter gefragt, ob eigentlich **nationale Wirtschaftspolitik** ohne **nationales Bewusstsein** denkbar, genauer: **zielorientiert** sein kann. Das Ergebnis dieser Fragestellung ist die These, daß die **Rückbesinnung auf unser nationales Bewusstsein**, wie ich es nennen möchte, **der** Kompass, **die** Leitlinie sein könnte, ja vielleicht sogar sein **muß**, nach der ich eingangs schon gefragt habe. Aber ist eine nationale Wirtschaftspolitik in Zeiten der Globalisierung nicht purer Unsinn?

Um den weltweiten Überblick nicht völlig zu verlieren, hat man sich die Vorstellung der Triade zu eigen gemacht: Weltweit ringen die drei großen Machtblöcke Amerika, Europa und Asien um die Vormachtstellung auf unserem Globus - so heißt es jedenfalls. Dabei wird dann gerne übersehen, dass gerade in Asien derzeit die **nationalen** Unterschiede zwischen den Völkern – ich denke etwa an Chinesen, Japaner und Koreaner – alles andere als eine gemeinsame übernationale Blockbildung erkennen lassen. Bei genauerem Hinsehen gilt dies aber gleichermaßen auch für Europa und Amerika. Die „nationale Differenzierung der Völker der Welt“, wie ich es nennen möchte, nimmt im Zweifel eher zu als ab.

Ist der „Nationalstaat“ also doch nicht so tot wie gerne behauptet wird? Findet vielmehr so etwas wie ein „Aufbruch der Nationen“ statt? Ich denke, es lässt sich unschwer folgendes feststellen: Seit dem Ende des zweiten Weltkrieges hat die Zahl der selbständigen, souveränen Staaten ständig zugenommen. Die zusammengebrochenen Kolonialreiche führten etwa in Afrika im Maße des Rückzuges der kolonialen Knute zu einem Erwachen der Stammeszugehörigkeiten der afrikanischen Völker und in deren Folge zu entsprechenden Staatsgründungen.

Auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion hat sich eine Vielzahl von Nationen mit dem Wegfall der kommunistischen Unterdrückung sofort in neuen Staaten organisiert, man könnte auch sagen: wiedergefunden. Auch die deutsche sogenannte Wiedervereinigung (in Wirklichkeit ist es ja nur eine Zwei-Drittel-Vereinigung gewesen) gehört in diesen Prozeß hinein: Haben nicht die ostdeutschen Demonstranten mit dem weltweit vernommenen und verstandenen Ruf: „Wir sind **ein** Volk“ unüberhörbar ihrer Zugehörigkeit zu der einen deutschen Nation Ausdruck verliehen?

Dem großen Trend zu ständig weiter sich entwickelnder Globalisierung steht also offenbar ein anderer ebenfalls starker Trend gegenüber, nämlich die Rückbesinnung auf die eigenen Wurzeln, die Suche nach Heimat, nach Identität, nach dem eigenen Volk, nach der Nation, der man angehört.

Unter dem Begriff Nation verstehen wir eine Gruppe von Menschen, die sich u. a. durch eine gemeinsame Herkunft, also gemeinsame Geschichte, durch eine gemeinsame Sprache und Kultur, durch das Gefühl der Zusammengehörigkeit in einer Schicksalsgemeinschaft, durch den Willen des Volkes zu einer gemeinsamen Zukunft verbunden weiß. Gelingt es einer solchen Nation, sich auf abgegrenztem geographischem Gebiet eine hoheitliche Ordnung zu geben, so entsteht der Nationalstaat.

Die Zunahme der Nationalstaaten, wie oben beschrieben, hat also offensichtlich etwas damit zu tun, dass die in ihnen organisierten Völker das Bewusstsein in sich tragen, dass ihre Interessen als Volk und Nation in einem Nationalstaat am besten vertreten werden können.

Der Nationalstaat sichert nämlich, so ist die Vorstellung, genau die Werte, durch die die Menschen sich zu einer bestimmten Nation zugehörig fühlen. In diesem Sinne ist übrigens die Europäische Union selbstverständlich kein Nationalstaat. Es gibt weder ein europäisches Volk noch eine europäische Nation; weder gibt es eine gemeinsame Sprache noch eine gemeinsame Geschichte noch gibt es ein gemeinsames europäisches Bewusstsein. Ob es dies alles irgendwann in einer fernen Zukunft einmal geben wird, können wir getrost in Ruhe abwarten. Wir können meinetwegen auch aktiv an der Verwirklichung einer solchen Vision arbeiten, wenn unseren jeweiligen **politischen Führern** nur allzeit ganz klar vor Augen steht, dass sie bis zur tatsächlichen Existenz einer europäischen Nation unsere heutigen und einstweilen auch künftigen nationalen Interessen mit höchster Priorität zu vertreten haben.

Nun wird gerne gefragt: Warum sollten wir überhaupt irgendein nationales wirtschaftspolitisches Konzept haben, warum sollten wir nicht einfach den freien, unbehinderten Lauf der wirtschaftlichen Kräfte national und international ermöglichen? Als Kronzeuge für diesen Wirtschaftsliberalismus wird immer wieder der britische Nationalökonom Adam Smith genannt, der bereits im 18. Jahrhundert seine grundlegenden Gedanken über die Entstehung des **Wohstandes der Völker** entwickelte. Doch auch Adam Smith hatte bereits erkannt, dass ein völlig entfesselter Wirtschaftsliberalismus, z. B. in der Form des später so genannten Manchesterliberalismus, unter Umständen doch zu unliebsamen, weil ungewollten gesellschaftlichen Zuständen führen könnte: Smith lehnte deshalb – das mag manchen „reinen Kapitalisten“ überraschen – **nicht etwa** von vornherein jegliche Eingriffe des Staates ab, sondern wollte diese nur auf ein absolutes Mindestmaß beschränkt wissen. Mit anderen Worten: Ihm waren gesellschaftspolitische, letztlich soziale Überlegungen und Überzeugungen durchaus nicht fremd.

Darüber hinaus stellt sich natürlich sofort eine Gretchenfrage: Ist die Maximierung des materiellen Wohstandes denn überhaupt als alleinige Handlungsmaxime akzeptierbar? Ich antworte eindeutig: Nein, das ist sie nicht, denn: Politisch aktive, denkende Menschen wollen vor allem in ihrer Gedankenführung frei sein von staatlicher Bevormundung. Sie wollen sich weiterhin in ihrer angestammten Heimat wohl fühlen, zu Hause fühlen, sie wollen – wie jedes Lebewesen in freier Natur – ein „Nestgefühl“ empfinden. Sie wollen im Sinne des schon oben angesprochenen nationalen Bewusstseins das Gefühl genießen, Teil einer Schicksalsgemeinschaft zu sein. Schlussendlich: Sie wollen nach ihrer eigenen Art, gemäß ihren eigenen Riten, Sitten und Gebräuchen, nach ihrer Moral und ihrer Ethik leben, d. h. auch, sie wollen nicht fremdbestimmt sein. Die Notwendigkeit der Deckung existentieller Grundbedürfnisse des Menschen, wie Nahrung, Wohnraum usw., ist selbstverständlich und muß nicht diskutiert werden. Aber darüber hinaus sind die oben beschriebenen Bedürfnisse geistiger Art weit wesentlichere Handlungsmaximen als der bloß materielle Wohlstand.

Der CDU-Politiker Friedrich Merz hat diese Zusammenhänge vor nicht allzu langer Zeit vor dem Hintergrund der Zuwanderungssituation und –diskussion mit dem Begriff der „deutschen Leitkultur“ belegt: Sie wissen, wie massiv die sog. Öffentliche Meinung über ihn hergefallen ist. Er wurde verlacht, ja geradezu verfemt und natürlich in die Nähe der sog. Ewiggestrigen, der Neonazis, gestellt. Selbst enge Parteifreunde wandten sich von ihm ab. Das Ausland dagegen hat diese typisch deutsche Diskussion um den Begriff der „deutschen Leitkultur“ mit völligem Unverständnis registriert. In England nämlich oder in Frankreich wäre eine Diskussion über eine englische bzw. französische Leitkultur völlig undenkbar: Man hat – so einfach wird es dort gesehen – selbstverständlich eine nationale Leitkultur, die jeder, insbesondere jeder Zuwanderer, zu akzeptieren hat. Dies ist so selbstverständlich, dass darüber – anders als bei uns – eben nicht diskutiert wird. Wir dagegen pflegen mal wieder unseren braunen Komplex – und das Ausland amüsiert sich köstlich darüber.

Also nochmals: Die Menschen von heute wollen nicht fremdbestimmt sein. Eine liberalistische internationale Arbeitsteilung, wie sie Adam Smith postulierte, würde aber

genau zu dieser Fremdbestimmung führen, wenn nicht notwendige Kontrollmechanismen eingezogen würden. Sie, die liberalistische internationale Arbeitsteilung, in der jede Nation gerade nur **die** Güter herstellt, die sie im Vergleich mit allen anderen Nationen am besten herstellen kann, mag ein weltwirtschaftliches Modell der Zukunft sein. Für unsere Zeit - und für eine nicht absehbar lange vor uns liegende Zeit – taugt dieses Wirtschaftsmodell jedenfalls nicht.

Beachten Sie bitte, dass ich mit dieser Aussage keinerlei Wertung verbinde. Ich sage nicht: Eine liberalistische internationale Wirtschaftspolitik ist besser oder schlechter als z. B. eine an den Interessen des Volkes orientierte nationale Wirtschaftspolitik. Vielmehr vertrete ich die Auffassung, dass eine Wirtschaftspolitik sich immer an den jeweiligen Interessen der Betroffenen, also des Volkes, zu orientieren hat. Solange es also noch nicht „die Weltbürger“ oder „das Weltvolk“ oder „die eine Weltnation“ gibt, gewinnt die Politik der einzelnen Nationen und damit auch die jeweilige Wirtschaftspolitik ihre **Legitimation nur aus der bewussten Verfolgung der nationalen Ziele**. Die nicht existente Weltnation trotz globalisierter Welt ist ebenso wie die nicht existente europäische Nation trotz Europäischer Union eine der zentralen Ursachen für das instinktive Unbehagen bis hin zu deutlicher Ablehnung, die die Menschen häufig sowohl gegenüber der Globalisierung als auch der Europäisierung empfinden.

Wenn man also die nationalen Interessen eines jeweiligen Volkes zu **der** Leitlinie der Politik und damit auch der Wirtschaftspolitik dieses Volkes machen will – muß man dann nicht quasi automatisch **gegen** „die Globalisierung“ sein? Wenn sich die Großen dieser Welt, z. B. beim G 7-Gipfel, treffen, gibt es regelmäßig große und häufig blutige Demonstrationen von Globalisierungsgegnern. Die Politiker sehen sich gezwungen, sich förmlich wie in einem Hochsicherheitsgefängnis von der Außenwelt abzuschotten, um den Angriffen der Globalisierungsgegner zu entgehen. Was ist es, was die Menschen so ergrimmt, dass sie auf die Straße gehen?

Wir Menschen sind heute in der Lage, in weniger als einem Tag von Kontinent

zu Kontinent zu reisen; Katastrophen wie der Tsunami in Asien oder das Erdbeben in Pakistan rufen weltweite Hilfsaktionen hervor; wir kaufen preisgünstige Computer aus Japan, unglaublich billige Güter aller Art aus China, Äpfel aus Neuseeland; tagtäglich rollen Milliarden über Milliarden von Dollars um den Globus auf der Suche nach renditeträchtigen Anlagen; per Mausclick am heimischen Computer sind wir informationstechnisch über das Internet mit der ganzen Welt verbunden. Ist es nicht **großartig**, in einer globalisierten Welt zu leben?

Andererseits: Der hemmungslose Verbrauch unserer natürlichen Energieressourcen steigert ständig den Ausstoß der klimaschädlichen Kohlendioxid-Gase. Die Amerikaner als größte Energieverbraucher machen keine Anstrengungen, sich an das Kyoto-Protokoll zu halten. In Afrika nimmt die Verelendung der Massen immer weiter zu: Armutswanderungen bestimmen das Leben von Millionen von Menschen. Global agierende Unternehmen werden als blutsaugende Heuschrecken dargestellt. Die amerikanische Regierung, im Bewusstsein, als einzige Supermacht übrig geblieben zu sein, erklärt unzweideutig: Wer nicht unser Freund ist, ist unser Feind. Ist es nicht **schrecklich**, in einer solchen globalisierten Welt zu leben?

Ist sie nun **großartig** oder ist sie **schrecklich** zu nennen, diese globalisierte Welt?

Meine Damen und Herren, beides ist wohl der Fall und wir haben diese Erkenntnis seit unserer Geburt auch immer wieder machen müssen. Lassen Sie uns also nicht den Fehler begehen, die schöne, die heile, die mustergültige Welt zu suchen: Wir werden sie nicht finden. Es ist nach meiner Auffassung viel besser, emotionslos zu erkennen, **dass** die Welt in rasendem Tempo auf allen Erfahrungsgebieten des Menschen zusammenwächst.

Die Klimaentwicklung ist ein Weltproblem, das offensichtlich national nicht geregelt werden kann. Atomare oder terroristische Bedrohungen stoppen keinesfalls an unseren Grenzen. Vodafone kauft nicht nur das urdeutsche Unternehmen Mannesmann, sondern Daimler-Benz kauft das uramerikanische Unternehmen Chrysler. Die Deutsche Post ist auf ihrem Gebiet der Logistik durch strategisch kluge Zukäufe weltweit die Nr. 1 geworden: Die Kette der möglichen Beispiele für weltweites Agieren von Staaten und Unternehmen ist unübersehbar lang geworden. Sich gegen diese Entwicklung stemmen zu wollen, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Deshalb kann es nur richtig sein, aus diesem Faktum, dass die Globalisierung sich unumkehrbar entwickelt, für uns, für unser Volk und unser Land, das Beste daraus zu machen. Der Versuch, Deutschland von der Welt, man könnte auch sagen: von dem Elend der Welt, abschotten zu wollen, kann erkennbar nicht funktionieren. Und wir sollten es auch gar nicht erst versuchen: Ein Land wie wir, das kaum eigene Rohstoffe besitzt, ist auf einen möglichst ungehinderten Welthandel lebensnotwendig angewiesen. Als Exportweltmeister, wie wir uns gerne bezeichnen lassen, würden wir uns mit einer isolationistischen Politik vor allem ins eigene Fleisch schneiden.

Sie könnten mich jetzt fragen: Ja, aber wo bleibt denn dann noch Raum für eine nationale Wirtschaftspolitik? Es ist eigentlich ganz einfach. Nationale Wirtschaftspolitik hat die Aufgabe, der deutschen Wirtschaft bestmögliche Rahmenbedingungen für den weltweiten Konkurrenzkampf zu bieten.

Lassen Sie mich – um konkreter zu werden – einfach unter der Überschrift „Arbeit und Leistung“ skizzenhaft und beispielhaft für alle anderen Politikfelder die Umrisse einer Arbeitswelt entwerfen, wie ich sie für anstrebenswert und machbar halte.

## **ARBEIT UND LEISTUNG**

Nach meiner beruflichen Erfahrung **wollen** die allermeisten Deutschen **arbeiten** und nicht etwa lieber gar nichts tun. Sie wollen auch nicht einfach nur beschäftigt sein, sondern auf einer Position zum Einsatz kommen, wo sie – eingesetzt gemäß ihren Anlagen und Fähigkeiten – entsprechende Verantwortung übernehmen können. Sie wollen sinnhafte Arbeit in einem Unternehmen leisten, mit dessen Führung und deren Zielen sie sich identifizieren können. Sie wollen ernst genommen und wie Menschen von Menschen behandelt und geführt werden oder auch selber führen. Mit dem Verlust des für eine positive Lebenseinstellung so überaus notwendigen Selbstwertgefühls ist der bedroht, der entweder eine nicht seinen Anlagen und Fähigkeiten entsprechende Arbeit verrichten muß oder – noch schlimmer – in die Arbeitslosigkeit entlassen wird. Eine wohlverstandene zentrale politische und damit auch wirtschaftspolitische Aufgabe unseres Staates muß es daher sein, den Wert der „**Arbeit an sich**“ für jeden und für alle Deutschen in den Mittelpunkt seiner politischen Philosophie zu stellen.

Kann nicht jeder von Ihnen, meine Damen und Herren, Beispiele von nie eingehaltenen Versprechungen und Treueschwüren von Vorgesetzten, von ständiger Überlastung oder Unterforderung und von eintönigen Arbeitsprozessen beschreiben? Wer hätte nicht schon mal etwas gehört von der inneren Emigration, in die Mitarbeiter durch mangelndes Führungsverständnis getrieben werden? Eine grundsätzliche Reform unseres Führungsverhaltens in Politik und Wirtschaft ist dringend geboten. Das Führungsverständnis im preußisch-deutschen Generals- und Admiralsstabssystem könnte hier Vorbild sein.

Eine nationale Wirtschaftspolitik muß es jedem Deutschen im Sinne eines **Grundkonsenses** bei allen am Wirtschaftsleben Beteiligten auch ermöglichen, nur und ausschließlich nach seiner **Leistung** eingesetzt und beurteilt zu werden. Das bedingt wiederum, dass die Leistung selbst anerkanntermaßen alleiniger Maßstab in Politik und Wirtschaft sein muß. Nur Spitzenleistungen befähigen und ermächtigen zur Übernahme von Spitzenfunktionen – sonst nichts!

Da es aber nicht nur Spitzenbegabungen gibt, muß eine nationale Wirtschaftspolitik bewusst auch Arbeitsplätze für Geringbegabte ermöglichen. Das „Recht auf Arbeit“ kann kein juristisches sein, ist aber gleichwohl ein moralisches. Dagegen muß es eine juristische „Pflicht zur Arbeit“ geben: Jeder Arbeitslose, der von den Sozialsystemen Leistungen erhält, hat die Pflicht, angebotene Arbeitsplätze auch zu akzeptieren.

Arbeit ist in Deutschland eigentlich genügend vorhanden, sie ist nur zu teuer geworden. Nicht umsonst wird der Umfang der Schwarzarbeit inzwischen auf ca. 15% des Bruttoinlandproduktes geschätzt. Hier brauchen wir eine grundlegende Neuorientierung. Nicht das Konsumverhalten darf das Ausgabeverhalten bestimmen, sondern das leistungsgerecht erzielte Einkommen muß das Ausgabenniveau determinieren.

Leistungsgerecht besetzte Arbeitsplätze, eine menschenwürdige Arbeitsumgebung, eine leistungsgerechte Entlohnung und eine als fair empfundene Abgabenbelastung sind die vier Grundpfeiler für ein Höchstmaß an Arbeitszufriedenheit, die wiederum die Basis für ein Höchstmaß an Leistung selbst ist. Dabei sind die Arbeitsprozesse so zu gestalten, dass die geforderte **und erbrachte** Arbeitsleistung von dem Arbeitenden auch ein ganzes Arbeitsleben lang erbracht werden kann, ohne dass es zu einem vorzeitigen Verschleiß des Leistungspotentials selbst kommt. Mit anderen Worten: Nur für wenige Jahre erbrachte Höchstleistungen, die durch ein Höchstmaß an Verschleiß der Arbeitenden erzielt werden und diese Arbeitenden danach in die Sozialsysteme „wegsozialisieren“, können nicht das Ziel einer an den nationalen Interessen des ganzen Volkes gemessenen Arbeitswelt sein.

Damit wir uns alle zusammen aber nicht in einer Scheinwelt verlieren, lassen Sie mich doch deutlich auf folgendes hinweisen: Die Vorstellung vom Nationalstaat verband man früher zugleich mit der Vorstellung eines weitgehend autarken Staates, der auf der Grundlage seiner eigenen natürlichen Ressourcen und mittels der Fähigkeiten seiner Bewohner auf einen regen Außenhandel nicht unbedingt angewiesen war. Diese Vorstellungen lassen sich in einer zunehmend „grenzen-losen“ Zeit nicht länger aufrecht erhalten.

In dieser globalen Welt werden viele lokale Strukturen, dazu gehören z. B. auch Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, an Bedeutung verlieren. Auch müssen wir damit rechnen, dass es insbesondere im Bereich der gar nicht oder nur schlecht ausgebildeten bzw. gering qualifizierten Bevölkerungskreise zu einer durch die Globalisierung angestoßenen globalen Nivellierung der Einkommen kommen könnte, verbunden mit der Gefahr einer entsprechenden relativen Verarmung dieser Bevölkerungskreise in Deutschland.

Ich ziehe daraus allerdings nicht die Konsequenz, dass der Nationalstaat tot sei und eine nationale Wirtschaftspolitik also keine Chancen mehr habe, wir sozusagen fatalistisch die Dinge laufen lassen müssten. Nein, ich sehe genau umgekehrt für unseren Staat wegen der oben schon beschriebenen Bedürfnisse seiner Bürger die Verpflichtung, entsprechende Rahmenbedingungen, zum Beispiel in der heimischen Arbeitswelt, zu schaffen, die die Verwirklichung dieser Bedürfnisse auch und gerade in einer globalisierten Welt ermöglichen.

Meine Damen und Herren, meine Vorstellungen zur einer neuen Arbeitswelt in Deutschland trage ich hier nicht etwa aus tagespolitischen Erwägungen heraus vor, also wegen der Millionen Arbeitslosen, so sehr ich auch Mitgefühl für jeden einzelnen arbeitswilligen Arbeitslosen empfinde, Nein, ich würde dies auch im Falle der Vollbeschäftigung fordern, weil damit eine, wie ich meine, dringend notwendige Neuorientierung vieler anderer Bereiche verbunden wäre, z. B. die zentralen Bereiche der Forschung, der Lehre und der Bildung.

Wir leben nicht in einer geschlossenen Volkswirtschaft, sondern in einer offenen Welt. Das bedeutet beispielsweise, dass alle Bürger der EU-Staaten das Recht haben, sich bei uns anzusiedeln und hier auch zu arbeiten. Gleiches gilt umgekehrt für uns Deutsche in der EU. Als Folge dieses tendenziell vorhandenen Wettbewerbs entstehen Risiken, aber zugleich auch Chancen: Der jeweils Leistungsstärkere kann sich durchsetzen. Hier setzt für eine nationale Politik die Verpflichtung ein, jedem Deutschen eine bestmögliche Erziehung und Ausbildung ermöglichen zu können, um sich eben im Leistungswettbewerb hier und überall auf der Welt leistungsstark durchsetzen zu können.

Nicht der kleinste gemeinsame Nenner, sondern Spitzenleistungen in Forschung, Bildung und Lehre müssen der Maßstab sein. Übrigens gehört dazu auch ein drastischer Abbau von bürokratischen Hemmnissen. 70% der weltweiten Steuerliteratur kommen aus Deutschland: Das sagt doch alles über den „Würger Staat“.

Aber der gedankliche Kreis muß noch geschlossen werden: Die beste Ausbildung für unsere Bürger nutzt unserem Lande gar nichts, wenn diese Leistungsträger schon frühzeitig ins Ausland abwandern. Seit vielen Jahren streben unsere wissenschaftlichen Spitzenkräfte vor allem in die USA, weil sie dort deutlich bessere Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten haben als bei uns. Die USA wirken auf die Leistungselite der Welt wie ein Magnet. Deutsche Politik muß hier massiv gegensteuern, muß eben Rahmenbedingungen – wie skizziert - schaffen, die Deutschland gerade auch für die Leistungselite unseres Landes wieder attraktiv machen.

Aber die **Abwanderung** unserer Leistungseliten ist nur die eine Hälfte unserer diesbezüglichen aktuellen Problemlage. Die andere Hälfte des Problems stellt für unser Land die vor dem Hintergrund der armutsbedingten weltweiten Wanderungsbewegungen ständig stattfindende **Zuwanderung** dar. In den letzten Jahren hat man häufig das Argument gehört, wir bräuchten aufgrund unserer zu geringen Geburtenrate eine massive Zuwanderung aus dem Ausland, damit diese Menschen helfen könnten, durch ihre Einzahlungen in die Sozialsysteme die Überlebensfähigkeit eben dieser Systeme zu sichern.

Die Fakten sehen leider anders aus: Die große Mehrheit dieser durch ungezügelt, un gelenkte Zuwanderung zu uns gekommenen Menschen sind Armutsflüchtlinge, die noch dazu schlecht oder sogar gar nicht ausgebildet sind. Sie landen – kaum hier angekommen – in den sozialen Unterstützungssystemen, in die sie noch nie zuvor etwas eingezahlt haben und wohl auch nicht werden. Zuwanderung muß daher auf eine völlig neue Basis gestellt werden. Andere Länder, wie Kanada oder Australien, machen es uns vor: Zuwandern, mit der Möglichkeit, die deutsche Staatsangehörigkeit zu übernehmen, dürften nur Menschen, die u. a. bestimmten Leistungskriterien entsprechen, die also z. B. gut ausgebildet sind in Berufen, die wir in unserer Volkswirtschaft dringend besetzen wollen, aber mit Deutschen nicht ausreichend besetzen können. Die Herkunft und Zahl solcher Zuwanderer ist zugleich so zu beschränken, dass die „deutsche Leitkultur“ niemals unkenntlich wird.

Zuwanderung also als Folge unserer schwachen Geburtenrate? Ja, in den Grenzen, wie eben beschrieben. Viel besser wäre es aber, wir würden wieder mehr Kinder in unseren Familien das Licht der Welt erblicken lassen. Dazu braucht man eine Familienpolitik, die mit der Wirtschaftspolitik Hand in Hand arbeitet: Bezahlbare, also preisgünstige Kindergartenplätze für jedes Kind ebenso wie garantiert feste Schulstundenzeiten während der ganzen Woche einschließlich einer ebenso garantierten Betreuungszeit in den Nachmittagsstunden würden es den Eltern ermöglichen, ohne Stress ihren beruflichen Wünschen oder auch Notwendigkeiten nachzukommen und dennoch mehrere Kinder zu haben. Betriebliche Betreuungseinrichtungen für Kinder und entsprechend hochflexible Arbeitszeiten würden diese familienfreundliche Situation ebenso ergänzen wie etwa die Möglichkeit, für die häusliche Unterstützung der Mütter – oder Väter –, Haushaltshilfen in Anspruch nehmen zu können. Vielleicht sollte man auch ernsthaft über die Einführung eines Pflichtjahres für **alle** jungen Frauen und **alle** jungen Männer

nachdenken: Ob dieses dann bei der Bundeswehr, in Krankenhäusern und Altenheimen oder eben in Familien mit mehreren Kindern abzuleisten ist, wäre im Einzelfall zu entscheiden.

Mit Einführung eines solchen Pflichtjahres, das ich als Dienst am Volk bezeichnen würde, hätte man schlagartig eine Reihe von heutigen Problemen gelöst: Man würde alle Jugendlichen gleichbehandeln und ihnen ihre staatsbürgerlichen Pflichten verdeutlichen; alle Jugendlichen würden neben diversen Tätigkeitsfeldern eine Menge an sozialer Verantwortung erlernen; wir hätten für die genannten Einsatzbereiche genügend Arbeitskräfte zur Verfügung – und kostenmäßig tragbar wäre das alles auch, da die jungen Staatsbürger nur neben freier Unterkunft und Verpflegung ein kleines Taschengeld erhalten würden.

Wenn die Betonung des Leistungsgedankens in allen Bereichen unseres Gemeinwesens, in Politik und Wirtschaft zu einem zentralen Anliegen gemacht wird, dann hat die Hängematten-Mentalität keine Chance mehr. Heute und schon seit langen Jahren leidet unser Volk doch an einer uns antrainierten Versorgungsmentalität schlimmsten Ausmaßes. Das Schlagwort „soziale Gerechtigkeit“ wird von den meisten verstanden als das Recht nach totaler Rundumversorgung des Einzelnen durch den Staat, also durch die Volksgemeinschaft.

Es wird Zeit, dass das Wort „soziale Gerechtigkeit“, dessen Inhalt inzwischen völlig pervertiert ist, zum Unwort des Jahres erklärt wird. Soziale Gerechtigkeit kann nur Chancengleichheit, niemals aber Ergebnisgleichheit bedeuten.

Eine solche Arbeitswelt, wie ich sie hier leider wirklich nur mit wenigen Umrissen skizzieren kann, würde auf allen Ebenen des Wirtschaftslebens Persönlichkeiten schaffen, die in der Lage sind, persönlichkeitsgebundene Leistungen zu erbringen. Damit würde auch ein Weg eingeschlagen werden weg von den grauen, namenlosen, innerlich längst emigrierten und resignierten Massen hin zu lebens- und arbeitsbejahenden Menschen. Für den Staat und seine Politiker bedeutet dies zugleich, sich eines längerfristigen Horizontes als nur einer Legislaturperiode verpflichtet zu fühlen, da ein solcher Wertewechsel wohl nur längerfristig zu bewirken ist. Aber es umschließt auch die schöne und zugleich verantwortungsvolle Aufgabe, nicht nur an die Heutigen, sondern auch an die Generationen von morgen und übermorgen zu denken. Wenn wir uns fragen, was heute zu tun ist, um die menschenwürdige Existenz dieser kommenden Generationen zu sichern, so ergeben sich genügend viele arbeitsintensive Projekte, um die Arbeitslosigkeit mittelfristig zu überwinden. Wir müssen es nur wollen!

Ich möchte damit zu folgendem Ergebnis kommen:

1. Globalisierung ist ein Faktum, das man als Politiker nicht zu bekämpfen, sondern als Rahmenbedingung zu akzeptieren und damit zugleich zu nutzen hat.
2. Deutsche Politik braucht nach meiner Überzeugung ein Leitbild, einen überparteilichen Grundkonsens. Dieser Grundkonsens sollte für deutsche Politiker in der Verinnerlichung eines nationalen Bewusstseins und also in der Bejahung der Existenz einer deutschen Nation als einer Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen sein. Ein nationales Bewusstsein findet ihren Ausdruck im politischen Bereich in einer nationalen Politik, die wiederum eine nationale Wirtschaftspolitik einschließt.
3. Globalisierung (als Faktum) und nationale Wirtschaftspolitik (als Norm) treffen hier zusammen. Nationale Wirtschaftspolitik und Globalisierung schließen sich nicht aus, müssen also **nicht** als Entweder-Oder- Position gegeneinander gestellt werden. Sie befinden sich vielmehr in einer **Und-Beziehung** zueinander.

4. Wenn wir uns also nicht länger mit liebedienerischer Vasallenmentalität der Welt zu Füßen werfen, sondern uns auf unsere Kerntugenden besinnen – dann, ja dann, meine Damen und Herren, haben unser Deutschland und damit unsere deutsche Wirtschaft alle Chancen für eine blühende Zukunft. -

ICH DANKE IHNEN !